
FRAKTIONSBSCHLUSS VOM 8.11.2016

» CHINAPOLITIK



MIT CHINA GEMEINSAM GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN BEWÄLTIGEN – CHANCEN UND INTERESSENKONFLIKTE

Internationale Politik ohne China ist im Jahr 2016 nicht mehr denkbar. Die Volksrepublik, die ein Fünftel der Weltbevölkerung auf sich vereint, verbindet ihre gewachsene wirtschaftliche Macht zunehmend mit einem verstärkten Engagement in der internationalen Politik. Statt wie früher eher zu reagieren, tritt Peking dabei zunehmend selbstbewusst auf.

Chinas Bereitschaft zu mehr Verantwortung birgt eine große Chance, denn die enormen globalen ökologischen und ökonomischen Herausforderungen sind nur gemeinsam mit China zu bewältigen. Dies gilt insbesondere für den Kampf gegen die Erderhitzung, aber zunehmend auch für die Bearbeitung von internationalen Konflikten. Die Chancen der Zusammenarbeit dürfen jedoch nicht den Blick vor den wachsenden Interessenkonflikten verstellen.

Mit seinem selektiv-multilateralen Vorgehen stellt China die liberale Weltordnung immer wieder in Frage. Bei seinen maritimen Streitigkeiten in der Region Asien/Pazifik steht es multilateralen Lösungsansätzen kritisch gegenüber. Im UN-Sicherheitsrat trägt es zum Patt bei der Bearbeitung von Gewaltkonflikten bei. Global Governance wird künftig stärker durch China und seine Interessen geprägt werden, sowohl in den bestehenden, als auch durch neue von Peking initiierte Organisationen.

China ist wichtigster Wirtschaftspartner Deutschlands in Asien, Deutschland Chinas wichtigster Handelspartner in Europa. Lange Zeit überlagerten die großen Gewinne auf beiden Seiten kritische Aspekte der wirtschaftlichen Verflechtung. Nun zeichnet sich eine Konkurrenz zwischen Deutschland und China ab. Steigende chinesische industrielle Überkapazitäten und Dumpingexporte nach Europa betreffen Deutschland unmittelbar. Die Debatte in der EU um den Umgang mit chinesischen Dumpingexporten steht exemplarisch für diese Spannungen.

Auch innenpolitisch hat sich China erheblich gewandelt. Die Lage der Menschenrechte und Meinungsfreiheit hat sich unter Staatspräsident Xi Jinping deutlich verschlechtert. Fortschritte bei der Rechtsstaatlichkeit sind ausgeblieben, die Justiz ist weiter nicht unabhängig. Gleichzeitig wächst die Repression gegen Menschenrechtsaktivisten und Minderheiten sowie gegen kritische Stimmen innerhalb der Partei. Das NGO-Gesetz, das 2017 in Kraft treten soll, erschwert bereits jetzt die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit ausländischen Partnern.

Diese Entwicklungen beobachten wir als grüne Bundestagsfraktion mit großer Sorge. Das wachsende Misstrauen und die teils scharfe offizielle Rhetorik Pekings gegenüber „westlichen Werten“ und „feindlichen ausländischen Akteuren“ haben ein Klima des Misstrauens geschaffen, das die internationale Zusammenarbeit auf allen Ebenen erschwert.

Wir beobachten auch mit Sorge die Alleingänge einzelner EU-Mitgliedstaaten in der Chinapolitik. Deutschland unterhält von allen zwar die engsten Beziehungen zu China, nutzt diesen Einfluss aber nicht ausreichend, um Europa in der Chinapolitik näher zusammenzubringen.

All dies erfordert eine Neupositionierung. Europäische Politik muss sich intensiver mit den Entwicklungen in China befassen, sich strategischer positionieren und vor allem gemeinsam agieren. Nur so können wir europäische Interessen und Werte behaupten und mit China konstruktiv zusammenarbeiten. Die angekündigte China-Strategie der EU-Kommission muss Leitrahmen für die Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten mit China werden. Dies gilt auch für Deutschland. Die Bundesregierung muss ihre Chinapolitik zwischen den Ressorts besser koordinieren. Der Bundestag

sollte diesen Prozess mit einem jährlichen Bericht zu den deutsch-chinesischen Beziehungen begleiten.

Als grüne Bundestagsfraktion verfolgen wir eine grüne Chinapolitik, die den Prinzipien einer wertegeleiteten Außenpolitik folgt. Sie soll Menschenrechtsfragen in allen Politikbereichen berücksichtigen, aber gleichzeitig die Notwendigkeiten und Vorteile einer engen Kooperation mit China nutzen, um globale Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen. Kooperation darf jedoch nicht heißen, die Auseinandersetzung da zu scheuen, wo sie notwendig ist. Konstruktive Zusammenarbeit setzt einen engen und regelmäßigen Austausch voraus. Wir möchten daher auf zivilgesellschaftlicher Ebene den Austausch mit China intensivieren.

1. INTERNATIONALE KOOPERATION UND KONFLIKTE: GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN UND REGIONALE KRISEN MULTILATERAL LÖSEN

China ist heute ein Akteur mit internationalem Führungsanspruch. Es hat seine Mitgliedsbeiträge für die Vereinten Nationen (VN) aufgestockt und angekündigt, deutlich mehr zum Peacekeeping beizutragen. Wir erwarten, dass China dieses Gewicht dazu nutzt, aktiver an regionalen Friedensstrategien mitzuarbeiten. Das Nichteinmischungsgebot der chinesischen Außenpolitik hat an Bedeutung verloren. Damit steigt das Potenzial, China bei der Bearbeitung von Krisen und Konflikten in der internationalen Gemeinschaft einzubinden.

Aus seiner Position als mittlerweile größte Handelsmacht der Welt leitet China den Anspruch ab, in internationalen Wirtschafts- und Entwicklungsorganisationen wie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank mehr Entscheidungsmacht zu erlangen. Da dies bisher nicht in angemessener Weise passiert ist und Peking Flexibilität in seiner Außenpolitik sucht, engagiert es sich in neuen, von ihm selbst maßgeblich beeinflussten Formaten. Jüngste Beispiele sind die Asiatische Infrastrukturinvestitionsbank und die BRICS-Entwicklungsbank.

China stellt die bisherige Dominanz der USA in der Region Asien/Pazifik zunehmend in Frage und scheut auch nicht die offene Konfrontation. Die Taiwanfrage ist in diesem Kontext besonders sensibel. China betrachtet die Insel als integralen Bestandteil seines Territoriums. Wir stellen die Ein-China-Politik nicht in Frage. Zu einer einseitigen Einverleibung Taiwans durch die Volksrepublik oder einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen China und Taiwan darf es jedoch nicht kommen. Wir unterstützen die Politik der EU, die sich für die strikte Einhaltung des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ und die dadurch garantierten Rechte und demokratischen Errungenschaften Hongkongs einsetzt.

China streitet mit Brunei, Malaysia, den Philippinen, Taiwan und Vietnam um mehrere Inselgruppen und Seegebiete im Südchinesischen Meer. Auch mit Japan und Korea gibt es territoriale Streitigkeiten. Diese maritimen Grenzstreitigkeiten bergen erhebliches Eskalationsrisiko. Die EU und Deutschland haben großes Interesse an politischer und wirtschaftlicher Stabilität im südchinesischen Meer. Multilateralismus und Völkerrecht sind Grunddeterminanten deutscher Außenpolitik. Wir sehen daher mit großer Sorge, dass China Schlichtung im multilateralen Rahmen ablehnt und darauf besteht, Konflikte bilateral zu bearbeiten, und neue Fakten zu schaffen. Obwohl China die UNO-Seerechtskonvention UNCLOS ratifiziert hat, stellt es deren Gültigkeit dort in Frage, wo diese eigenen Ansprüchen im Wege stehen könnte.

Trotz ihrer Konkurrenz haben China und die USA in den vergangenen Jahren auch beachtliche diplomatische Erfolge gemeinsam erzielt, zum Beispiel den bilateralen Deal im Vorfeld des Pariser Klimagipfels. Auch bei den Nuklearverhandlungen mit dem Iran hat China eine wichtige Rolle gespielt, ebenso wie in Afghanistan, wo es sich im Friedensprozess engagiert und Impulse für die Verhandlungen mit den Taliban geben konnte. Bei den Sanktionen gegen Nordkorea hat China ebenfalls konstruktiv mitgearbeitet. Trotzdem sollte China gegenüber Nordkorea noch stärker Druck

ausüben, damit das Regime die Entwicklung von Atomwaffen beendet und dem Atomwaffensperrvertrag wieder beitrifft.

In der Entwicklungszusammenarbeit hat sich China vom Empfänger- zum Geberland entwickelt. Das Gesamtvolumen der Auslandskredite seiner Förderbanken beträgt so viel wie das sämtlicher multilateraler Entwicklungsbanken zusammen. Obwohl das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2009 die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit offiziell beendet hat, ist China noch viertgrößtes Empfängerland der deutscher Entwicklungsgelder (ODA-Mittel). Allerdings beruhen die Ausgaben auf alten Vereinbarungen und sind insbesondere Förderkredite, die in den kommenden Jahren auslaufen. Neue bilaterale Zusagen hat es seit 2009 nicht mehr gegeben.

Problematisch ist, dass diese Gelder unzureichend politisch eingebettet sind. China braucht zwar keine klassische Entwicklungszusammenarbeit mehr, aber Angebote für moderne und maßgeschneiderte Programme und Beratungen. Auch gemeinsame Kooperationsprojekte mit China, auch in Drittstaaten, in den Bereichen Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz, Erneuerbare Energien, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Sozialstandards und Rechtsstaatlichkeit sind wichtige Instrumente, um Chinas stärker konstruktiv in die internationale Gemeinschaft einzubinden. Sie könnten dazu beitragen, ein „race to the bottom“ bei den sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Schutzstandards zu verhindern.

Was für europäische Außenpolitik im Allgemeinen gilt, gilt im Speziellen für die Zusammenarbeit mit China: Je geschlossener die Europäische Union agiert, desto wirkungsvoller ist ihre Politik. Mit Sorge beobachten wir, wie einzelne EU-Mitgliedstaaten ihre bilaterale Zusammenarbeit mit China intensivieren und sich dabei von gemeinsamen Richtlinien europäischer Außenpolitik, insbesondere bei Menschenrechtsfragen, lösen. Es ist zu befürchten, dass der angekündigte „Brexit“ die Tendenz zu nationalen Alleingängen befördert.

Die angekündigte China-Strategie der EU sehen wir als Chance, die Mitgliedstaaten näher zusammenzubringen. Wir begrüßen, dass die Strategie die Konfliktlösung im multilateralen Rahmen und die Umsetzung internationaler Vereinbarungen in der Klimapolitik betont. Dies muss sich jedoch klar am Rechts- und Werterahmen der EU orientieren. Chinas Anspruch an die EU ist ambivalent: Einerseits möchte es ein starkes Europa als Gegengewicht zu den USA. Andererseits ermöglicht ihm das nationale Vorgehen der Mitgliedstaaten, seine Interessen besser durchzusetzen. Mit Formaten wie den 16+1-Gipfeln mit Osteuropa treibt China diese Spaltung aktiv voran. Das sehen wir Grüne im Bundestag kritisch.

China investiert massiv in Infrastrukturmaßnahmen in der asiatischen Nachbarschaft, aber auch in Afrika. Neben geopolitischen Interessen steht dahinter auch der Wunsch, Überkapazitäten in der Stahlproduktion und im Bausektor zu exportieren und neue Märkte zu erschließen. Exemplarisch ist die „Belt and Road“-Initiative, die von Zentralasien bis nach Europa reicht. Der Bedarf an Infrastruktur ist in vielen beteiligten Ländern tatsächlich groß. Jedoch stellt sich aus grüner Sicht die Frage, wie nachhaltig dieses Entwicklungsmodell ist mit Blick auf die Schaffung langfristiger Arbeitsplätzen, den Auswirkungen auf Umwelt, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit und einer angemessenen Einbindung der Partnerländer.

- » Globale Herausforderungen kann die Weltgemeinschaft nur mit China bewältigen. Fokus grüner Chinapolitik sollte die konstruktive Zusammenarbeit bei den großen globalen Aufgaben sein (Klimaschutz, Frieden und Sicherheit, Armutsbekämpfung weltweit).
- » Wir Grüne im Bundestag begrüßen, dass China sich stärker im Rahmen der Vereinten Nationen engagiert. Keine andere internationale Organisation besitzt mehr Legitimität. Wir brauchen eine konstruktive Zusammenarbeit mit China im Sicherheitsrat und anderen VN-Gremien.
- » Europa muss in der Chinapolitik stärker zusammenrücken. Die Mitgliedstaaten sollten die angekündigte China-Strategie der EU konsequent umsetzen. Mehr Kohärenz in der Chinapolitik würde der EU zu mehr

Verhandlungsgewicht gegenüber Peking verhelfen. Deutschland sollte seine Führungsrolle in der EU dafür nutzen, die Mitgliedstaaten zusammenzubringen.

- » Unter Beratung von Expertinnen, Zivilgesellschaft und Abgeordneten sollten alle relevanten Ressorts eine Strategie der Bundesregierung erarbeiten, wie die Zusammenarbeit mit China künftig gestaltet werden soll. Grundlage sollte die EU-China-Strategie sein.
- » Der strategische Fokus der entwicklungspolitischen und internationalen Zusammenarbeit sollte darauf liegen, globale öffentliche Güter, wie das Klima und die Umwelt, zu schützen sowie Sozialstandards zu fördern. Der volkswirtschaftliche Mehrwert einer ökologischen Modernisierung der Wirtschaft muss betont werden.
- » Deutschland sollte im Dialog mit China die ökologische Dimension internationalen Handelns betonen. So ist die Aufschüttung von Sandinseln im südchinesischen Meer nicht nur zu kritisieren, weil unilateral territoriale Fakten geschaffen werden, sondern auch weil es das hochsensible Ökosystem der Korallenriffe zerstört.
- » Den Export des chinesischen Entwicklungsmodells durch Projekte wie „Belt and Road“ und die AIIB sollte Deutschland mit Blick auf Klima, Umwelt, soziale Strukturen und Menschenrechte kritisch begleiten. Die Bundesregierung sollte dafür den geplanten Fokus der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 auf globaler Infrastruktur ebenso wie die deutsche Mitgliedschaft in der AIIB nutzen.
- » Angesichts der drohenden Aufrüstungsspirale in Südostasien bedarf es verstärkter internationaler Initiativen für mehr Transparenz sowie zur Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die internationale VN-Seerechtskonvention (UNCLOS) muss verbindliche Grundlage zur Lösung maritimer Streitigkeiten sein. Aufgrund seiner Erfahrungen mit der OSZE sollte Europa sich dafür einsetzen, eine zuverlässige multilaterale Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Die Region braucht eine Stärkung des ASEAN Regional Forum und vertrauensbildende Maßnahmen.
- » Deutschland braucht einen regelmäßigen und breiten Personalaustausch zwischen deutschen und chinesischen Behörden und Institutionen. Wir Grüne im Bundestag fordern ein bilaterales Programm für den Austausch von Freiwilligen für ökologische oder soziale Aktivitäten. Ziel sollte sein, das Bewusstsein für die Probleme des anderen Staates zu schärfen und voneinander zu lernen.

2. MENSCHENRECHTE: RECHTSSTAATSENTWICKLUNG UND MENSCHENRECHTSSITUATION KONSTRUKTIV UND KRITISCH BEGLEITEN

China verfügt über weitreichende Gesetze im Bereich des Menschenrechtsschutzes. Seit 2004 ist der Schutz der Menschenrechte in der Verfassung verankert. Dennoch sind schwere Menschenrechtsverletzungen weiter an der Tagesordnung. Da die Durchsetzung vieler Gesetze ausbleibt und die Justiz nicht unabhängig ist, können die Bürgerinnen faktisch kaum ihren Rechten Geltung zu verschaffen oder sich gegen Unrecht und staatliche Willkür schützen.

Viele, die gewaltfrei das Regime kritisieren oder Menschenrechte verteidigen, geraten ins Visier der Sicherheitsbehörden, werden schikaniert, verhaftet oder verschwinden. Kritische Stimmen werden systematisch verfolgt. Die Medien in China unterliegen einer immer strengeren Zensur. Kritische Debatten sind in sozialen Netzwerken nicht möglich. China gehört zu den Ländern mit den meisten inhaftierten Journalistinnen und Bloggern weltweit. Auch gegenüber Bürgerinnen, die den Medien Auskunft geben, kommt es immer wieder zu Repressionen. Urteile werden oft auf Grundlage von Geständnissen gefällt, die durch Folter oder Androhung negativer Konsequenzen für Familienmitglieder erzwungen wurden. Menschen werden häufig für lange Zeit ohne Gerichtsverfahren inhaftiert – in Gefängnissen und „Erziehungshaftlagern“, aber auch in inoffiziellen Hafteinrichtungen. Statistiken über Hinrichtungen werden weiterhin als Staatsgeheimnis eingestuft. Amnesty International geht davon aus, dass noch immer Tausende Menschen pro Jahr hingerichtet werden.

Seit dem politischen Führungswechsel 2012/2013 hat sich die Menschenrechtssituation deutlich verschärft. Menschenrechtsverteidiger, Bloggerinnen, kritische Journalisten und Akademikerinnen geraten immer stärker unter Druck. Die Verhaftungswelle gegen Menschenrechtsanwältinnen und deren Mitarbeiter nach dem 9. Juli 2015 steht beispielhaft dafür: 250 bis 300 Menschen wurden verhört, in Gewahrsam genommen oder unter Hausarrest gestellt. Etwa 40 befinden sich noch immer in Haft, die meisten davon an unbekanntem Orten, ohne Zugang zu Rechtsbeistand oder Kontakt zu ihren Familien. Auch Gläubige verschiedener Religionen, darunter Christentum, Buddhismus und Falun Gong, werden immer wieder inhaftiert, religiöse Symbole oder Gebäude zerstört.

Auch in den Gebieten der ethnischen Minderheiten, insbesondere in Tibet und Xinjiang, nehmen die Repressionen massiv zu: mit harten Sicherheitsmaßnahmen, Zerstörung von Kulturgütern, Vertreibungen sowie kultureller und religiöser Ausgrenzung. Eine Reihe von Gesetzen zum Schutz der nationalen Sicherheit, die jüngst verabschiedet wurden, schränkt die Bürgerrechte weiter ein. China hat nur einige der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert und dabei die Vereinigungsfreiheit ausgeschlossen. Eine unabhängige gewerkschaftliche Organisation wird im Allgemeinen nicht geduldet. An den oft katastrophalen Arbeitsbedingungen tragen neben Akteuren in China auch multinationale Unternehmen und nicht zuletzt wir als Konsumentinnen eine Mitverantwortung.

Für den internationalen Dialog mit der Zivilgesellschaft gibt das „Gesetz über die Aktivitäten ausländischer Nichtregierungsorganisationen auf dem chinesischen Festland“ (NGO-Gesetz) besonderen Anlass zur Sorge. Es betrifft alle ausländischen nichtstaatlichen Organisationen, Kultureinrichtungen und Wirtschaftsverbände. Es steht zu befürchten, dass mit seinem Inkrafttreten im Januar 2017 die deutschen politischen Stiftungen ihre Arbeit vor Ort erheblich einschränken oder gar ganz einstellen müssen. Selbst wenn sie die schwierigen administrativen Hürden bewältigen, etwa eine staatliche Stelle finden, die die Verantwortung für ihre Aktivitäten übernimmt, bleiben enorme politische Risiken. Das Gesetz räumt den chinesischen Sicherheitsbehörden weitreichende Machtbefugnisse ein. So können Mitarbeiter inhaftiert und Büroausstattung und Budgets beschlagnahmt werden.

Mit Sorge beobachten wir nicht nur die Berichte über die Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit in China, sondern auch den viel zu zahmen Protest der Bundesregierung. Die Einschränkungen für kritische Studierende und Wissenschaftlerinnen betreffen auch deutsche und europäische Forscher vor Ort. Das schadet nicht nur dem dynamischen Wissenschaftssystem, sondern auch der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas.

Aus der Universalität der Menschenrechte ergibt sich für uns Grüne im Bundestag eine Verpflichtung, uns immer und überall dafür einzusetzen, dass sie geachtet werden. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, sie unterschiedslos für alle Menschen einzufordern. Wir sind uns aber auch bewusst, dass es ein tiefes Misstrauen gegenüber Versuchen „westlicher“ Akteure gibt, die Entwicklung in anderen Ländern zu beeinflussen. Für die chinesische Führung und große Teile der Bevölkerung spielen die historischen Erfahrungen mit Kolonialismus und Imperialismus bis heute eine wichtige Rolle.

Im Bewusstsein dieses Kontextes müssen wir unsere Kritik an Menschenrechtsverletzungen in China deutlich und konsequent äußern und, wo möglich, mit konstruktiven Vorschläge begleiten. Die Bundesregierung muss bestehende Kommunikationskanäle wie den Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialog mit China umfassend nutzen. Dies ist bislang nicht der Fall. So wurde das NGO-Gesetz zwar in bilateralen Gesprächen thematisiert, aber im Rechtsstaatsdialog ausgeklammert.

In der Vergangenheit hatten in der deutschen und europäischen Chinapolitik Wirtschaftsinteressen immer wieder Vorrang vor den Menschenrechten. Diese Haltung ist kontraproduktiv, da Peking ebenso großes Interesse an einer Zusammenarbeit hat wie umgekehrt. Gerade Chinas Androhung wirtschaftlicher Einbußen für einzelne Staaten zeigt, dass die EU in diesen Fragen gemeinsam

vorgehen muss. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Mitgliedsstaaten auf bilaterale Kritik an Menschenrechtsverletzungen verzichten und das Risiko von Verstimmungen auf die EU abwälzen.

- » Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind Kernanliegen grüner Außenpolitik. Sie müssen auch Kernelement deutscher Chinapolitik sein. Menschenrechtslage und Rechtsstaatlichkeit sollten in allen Bereichen der deutschen und europäischen Zusammenarbeit mit China berücksichtigt und angesprochen werden.
- » Grüne Kritik sollte deutlich, aber konstruktiv sein. Da Menschenrechtsverletzungen immer gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Chinas verstoßen, sollten wir auf solche Widersprüche hinweisen und uns auf konkrete menschenrechtspolitische Ankündigungen der chinesischen Führung beziehen.
- » In internationalen Gremien sollte die chinesische Regierung konsistent dazu aufgefordert werden, ihre Zusagen einzuhalten, zum Beispiel den VN-Pakt über politische und bürgerliche Rechte endlich zu ratifizieren.
- » Die bilateralen Dialogformate mit China, der Menschenrechts- und Rechtsstaatsdialog, aber auch die Formate der EU, müssen kritisch überprüft und modifiziert werden. Deutschland und die EU müssen stärker bei der Themenwahl und Besetzung der Symposien mitreden.
- » Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen und öffentlicher Diskussionen in China sind für uns Grüne im Bundestag der Schlüssel, um die Menschenrechte in China zu stärken.
- » Die Arbeit ausländischer NGOs, Verbände, Universitäten und politischer Stiftungen in China ist wichtige Voraussetzung für einen umfassenden Dialog. Wir Grüne im Bundestag kritisieren daher die Verabschiedung des NGO-Gesetzes im April 2016. Dieses Gesetz ist nicht die richtige Antwort auf das berechtigte Anliegen der chinesischen Regierung, einen Rechtsrahmen für Aktivitäten ausländischer Akteure zu schaffen.
- » Wir Grüne im Bundestag werden nicht akzeptieren, wenn der zivilgesellschaftliche oder akademische Dialog mit China in Europa eingeschränkt wird. Die Teilnahme kritischer europäischer Stimmen darf nicht auf Druck der chinesischen Seite verhindert werden.
- » Es braucht neue Instrumente, die es Organisationen und politischen Stiftungen erlauben, auch unter den nun erschwerten Bedingungen zivilgesellschaftliche Partner zu fördern und zu schützen. Förderrichtlinien sollten so angepasst werden, dass die Rechenschaftspflicht gegenüber den Gebern nicht die Partner vor Ort gefährdet. Projekte müssen flexibler gestaltet werden können, um neue Formen der Zusammenarbeit auszuloten.
- » Wirtschaftsinteressen dürfen kein Vorwand sein, wichtige Menschenrechtsfragen nicht anzusprechen. Die deutsche Wirtschaft sollte vielmehr besonderes Augenmerk auf Arbeitnehmer- und Bürgerrechte bei ihren Geschäften in China legen. Auch die Aktivitäten chinesischer Unternehmen in Europa sollten mit Blick auf die Einhaltung von Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtstandards bewertet werden.
- » Wir Grüne im Bundestag setzen uns gegenüber Peking weiterhin entschieden für die religiöse und kulturelle Freiheit, die Achtung der Menschenrechte und wirtschaftliche Teilhabe ethnischer Minderheiten ein. Wir fordern einen konstruktiven Dialog der chinesischen Führung mit Vertretern der tibetischen und uighurischen Minderheiten und eine gewaltfreie Lösung der Konflikte.

3. UMWELTSCHUTZ UND KAMPF GEGEN DIE KLIMAKRISE: GRÜNE ERFAHRUNGEN EINBRINGEN

In der internationalen Klimapolitik kommt China eine Schlüsselrolle zu. Die Volksrepublik ist seit 2007 das Land mit dem höchsten CO₂-Ausstoß und seit 2010 auch mit dem höchsten Energieverbrauch weltweit. Als „Werkbank der Welt“ entsteht ein erheblicher Teil der Emissionen bei der Produktion von Konsumgütern für den Westen („embedded carbon“).

Das schnelle Wirtschaftswachstum Chinas, aber auch die starke Ausrichtung der Energieversorgung auf Kohle sowie mangelnde Energieeffizienz, haben massive Folgen für die Umwelt und die Menschen. Die extreme Luftverschmutzung in vielen Großstädten Chinas stellt ein enormes Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung dar. Saurer Regen ist weit verbreitet, Wasser und Böden sind durch Schadstoffeinträge mit häufig irreversiblen Folgen stark belastet. Das Land ist von den Auswirkungen der Klimakrise stark betroffen. Überschwemmungen, Dürreperioden und Wasserknappheit nehmen zu. Hinzu kommt das Problem massiver Gletscherschmelze, das insbesondere die tibetischen Gebiete betrifft. Über eine Milliarde Menschen in Süd- und Südostasien sind abhängig vom Wasser aus den tibetischen Gletschern. Durch Raubbau, Dämme und zunehmenden Verkehr sind bereits 20 Prozent der Gletscher verschwunden, weitere 50 Prozent sind akut bedroht.

Die dramatischen Umweltprobleme sind so offensichtlich geworden, dass die chinesische Regierung sie mittlerweile offen anerkennt und mit ambitionierten Maßnahmen und Zielen versucht dagegen zu steuern. Die chinesische Zivilgesellschaft hat zu diesem Bewusstseinswandel entscheidend beigetragen. So kündigt Peking im 13. Fünfjahresplan (2016–2020) eine „Energierévolution“ an und will den boomenden Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter fördern. Bestehende Anlagen müssen schneller in ein modernes Netz integriert werden, damit vorhandene erneuerbare Kapazitäten mangels Anschluss nicht ungenutzt bleiben. Seit 2013 testet China in sieben Pilotregionen ein Emissionshandelssystem, das 2017 flächendeckend eingeführt werden soll. Es wäre das weltweit größte Emissionshandelssystem. Es bleibt abzuwarten, ob der Zeitplan eingehalten werden kann und wie die Implementierung verläuft.

Mit der Unterzeichnung und Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens 2015 hat China sich erstmals international zu konkreten klimapolitischen Zielen verpflichtet. Allerdings bleibt es dabei – ebenso wie Deutschland und die EU – hinter seinen Möglichkeiten zurück. Insbesondere die Kohleabhängigkeit bleibt zu hoch. Mit großer Sorge beobachten wir, dass China auch zunehmend in die Risikotechnologie Atomkraft investiert – und diese weltweit exportieren möchte. Das hohe Tempo, mit dem China in diesen Markt vorstoßen möchte, könnte die Sicherheit der Kraftwerke zusätzlich gefährden.

Trotz neuem Umweltschutzgesetz und anderer Umweltschutzrichtlinien gibt es eklatante Mängel bei deren Umsetzung und Vollstreckung. So werden beim Einsatz von gefährlichen und giftigen Stoffen Beschränkungen und Verbote nicht durchgesetzt – mit katastrophalen Folgen für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen. Auch die Verbraucherinnen in der EU sind betroffen, wenn europäische Standards der Produkt- und Lebensmittelsicherheit nicht eingehalten werden.

Sollte Peking die massiven Umweltprobleme mittelfristig nicht in den Griff bekommen, könnte aus heute vereinzelt sozialen Protesten eine breite Protestbewegung entstehen. Dieses Szenario erhöht den Handlungsdruck, lässt aber auch Umweltaktivisten Opfer von Repression werden. Die chinesische Regierung steht vor dem Dilemma, dass nicht nur Umweltprobleme, sondern auch die Schließung von Fabriken aus Umweltgründen zu Protesten führen können. So würde der Rückbau des Fabrikürtels um den Großraum Peking herum die Luftqualität rasch und deutlich verbessern. Folge wäre aber auch ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen.

- » Der grüne Dialog mit China bietet in der Umwelt- und Klimapolitik besonders viele Anknüpfungspunkte. Mit zunehmenden Handlungsdruck wächst das chinesische Interesse an grüner Kompetenz. Das sollten wir nutzen, um für die ökologische und soziale Modernisierung der chinesischen Wirtschaft zu werben.
- » Die Zusammenarbeit mit China in der Klimapolitik sollte auf allen Ebenen intensiviert werden (bilateral, EU, VN). Deutschland sollte China dabei unterstützen, das Pariser Klimaabkommen umzusetzen. Deutschland, die EU und China sollten ihre klimapolitischen Ziele anheben. Deutschland sollte seine G20-Präsidentschaft 2017 nutzen, um mit China und anderen Großemittenten von CO₂ diese konsequent umzusetzen und endlich das Ende fossiler Subventionen zu beschließen.

- » Die lebendige Kooperation zwischen deutschen und chinesischen Universitäten und Forschungsorganisationen sollte sich stärker der gemeinsamen Forschung zu globalen und gesellschaftlichen Herausforderungen wie der Klimakrise und Energiewende, aber auch dem demografischen Wandel widmen. Die chinesische Regierung sollte dazu aufgefordert werden, den Zugang zur Autonomen Region Tibet, die besonderen Beschränkungen unterliegt, für internationale Delegationen, Forscherinnen und unabhängige Journalisten zu erleichtern und deren Arbeit nicht zu behindern. Möglichkeiten auch für junge Deutsche zu einem Studien- oder Forschungsaufenthalt in China sollten ausgebaut werden.
- » Deutschland muss mit China im technischen Umweltschutz enger zusammenarbeiten und es dabei unterstützen, seine Umweltgesetze und internationale Abkommen umzusetzen. China muss in die Weiterentwicklung dieser Abkommen stärker eingebunden werden.
- » Die negativen Folgen von Umweltverschmutzung zeigen sich besonders intensiv in Städten und Ballungsräumen. Gerade hier gibt es zahlreiche politische Instrumente, um zeitnah und effektiv dagegen zu wirken. Im grünen Dialog mit China sollten nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilitätskonzepte im Fokus stehen.
- » Der bilaterale strategische Umweltdialog mit China muss zivilgesellschaftliche Akteure stärker einbinden. Der Turnus sollte von drei auf zwei Jahre verkürzt werden. Ziel des Dialogs sollten konkrete Verpflichtungen beider Seiten zu gemeinsamen Projekten sein.

4. „GREEN NEW DEAL“: ÖKOLOGISCHE MODERNISIERUNG DER WIRTSCHAFT UND FAIRE HANDELSBEZIEHUNGEN VORANBRINGEN

In keinem Politikfeld pflegen China und Deutschland so enge Beziehungen wie bei Wirtschaft und Handel. China ist zentraler Absatzmarkt für deutsche Produkte, insbesondere aus den Sektoren Maschinenbau, Automobil und Chemie. Chinesische Unternehmen investieren immer mehr in Deutschland. Im ersten Halbjahr 2016 haben chinesische Investorinnen mehr Geld für deutsche Unternehmen ausgegeben als in den gesamten fünf Jahren zuvor.

Mit der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte konnten rund 400 Millionen Chinesen aus der absoluten Armut gehoben werden. Eine kaufkräftige Mittelschicht hat sich gebildet. China ist mittlerweile die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Doch diese Erfolgsgeschichte hat ein fragiles Fundament. Das Wachstum geht zu Lasten der sozialen Sicherheit der Arbeitskräfte, der Umwelt und der Produktsicherheit. Die Kosten der Umweltzerstörung liegen über den Gewinnen des Wirtschaftswachstums, das sich zudem seit 2012 verlangsamt.

Wirtschaftspolitische Rezepte wie große staatliche Konjunkturpakete haben nicht mehr die stimulierende Wirkung wie in der Vergangenheit. Die chinesische Regierung selbst hat den Abbau von bis zu 1,8 Millionen Arbeitsplätzen in den Staatsunternehmen prognostiziert. Der Schuldenstand Chinas ist die letzten Jahre stark gestiegen. Setzt sich dieser Trend fort, würde China seine Funktion als Motor des weltweiten Wachstums verlieren, soziale Unruhen im Land könnten zunehmen. Bereits 2015 hat sich die Zahl der Arbeiterproteste im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt.

Peking hat darauf reagiert und spricht nun von der „neuen Normalität“, auf die sich das Land langfristig einstellen müsse – ein Rückgang des hohen Wachstums sei nicht unbedingt etwas Schlechtes, wenn man ihn nur richtig gestaltet. China will einen industriellen Spitzenplatz einnehmen und fördert gezielt Zukunftstechnologien, zum Beispiel mit der industriepolitischen Strategie „Made in China 2025“. Die Umsetzung kann jedoch nur mit einem nachhaltig gestalteten Energiemix gelingen. China muss seine Volkswirtschaft grüner, innovativer und produktiver gestalten.

Die Ordnungspolitik Pekings widerspricht in vielen Punkten den europäischen Vorstellungen einer Marktwirtschaft. China schützt die eigene Wirtschaft massiv durch staatliche Interventionen und erschwert ausländischen Unternehmen den Marktzugang. In vielen Sektoren bestimmt weiterhin die

chinesische Regierung, wer am Markt teilnehmen darf, welche Produkte und Dienstleistungen angeboten und wie Preise berechnet werden. Diese Politik führt immer wieder dazu, dass chinesische Produkte unter dem Marktpreis liegen und international den Wettbewerb verzerren. Chinas angestrebte „Cybersouveränität“, die de facto eine Internetzensur ist, schränkt zudem den digitalen Marktzugang (Stichworte: Industrie 4.0, E-Commerce, Datenschutz) ein, der für die europäische Wirtschaft zentral ist.

Gleichzeitig möchte China Importe mit heimischen Produkten ersetzen und drängt im großen Stil auf die europäischen Märkte, insbesondere durch strategische Firmenübernahmen und Investitionen. 2015 überstiegen chinesische Direktinvestitionen in Europa die europäischen in China um mehr als hundert Prozent. Dabei werden gezielt Unternehmen von strategischem Wert aufgekauft, um Technologie nach China zu transferieren. In diesem Zusammenhang ist auch der Schutz geistigen Eigentums ein großes Konfliktfeld. Nur durch gesicherte Eigentumsverhältnisse kann Investitionssicherheit für ausländische Unternehmen geschaffen und China als fairer Handelspartner wahrgenommen werden.

Chinas neues außenpolitisches Selbstbewusstsein prägt auch seine Mitarbeit in internationalen Wirtschaftsorganisationen, wie der WTO. Mit dem Auslaufen des Übergangsprotokolls, mit dem das Land 2001 beigetreten ist, stellt sich die Frage, ob die EU China den Marktwirtschaftsstatus (MWS) gewähren muss. Effektive handelspolitische Schutzmaßnahmen gegen chinesische Produkte wären dann deutlich schwerer, eine Vielzahl von Arbeitsplätzen in der EU könnte verloren gehen. China erfüllt bislang nur eins der fünf EU-Kriterien für eine Marktwirtschaft. Doch verweigert Brüssel den MWS, könnte Peking mit handelspolitischen Sanktionen reagieren. Auch dies bliebe nicht ohne Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung in Europa. Die Lösung kann nur in fairem Wettbewerb auf dem Weltmarkt liegen. Gegen Produkte zu Dumpingpreisen müssen effektive Schutzzölle weiterhin möglich sein.

Derzeit verhandeln die EU und China über ein Investitionsabkommen. Es sieht vor, dass chinesische InvestorInnen Deutschland und die EU vor einem Sondergericht verklagen können – und umgekehrt europäische Investoren die chinesische Regierung. Das lehnen wir ab. Ob das Abkommen die Ratifikation der wichtigsten Menschenrechtsnormen und einen effektiven Sanktionsmechanismus enthalten wird, ist noch völlig offen.

Die chinesische Wachstumsstrategie ist auf einen enormen Rohstoffverbrauch ausgerichtet. Dies führt nicht nur zu einem Raubbau an heimischen Ressourcen, sondern hat auch global negative Folgen. China tritt gezielt in Märkte ein, die westliche Länder aufgrund der politischen Verhältnisse bewusst verlassen haben oder meiden. Diese Stabilisierung repressiver Regime sehen wir kritisch, ebenso wie den praktizierten Landaufkauf („land grabbing“) und die massiven ökologischen und sozialen Konsequenzen des Rohstoffabbaus vor Ort.

- » Die Bundesregierung muss von China ein „grünes Wachstum“ stärker einfordern. Statt rein quantitativer Wachstumsmarken muss das Ziel Wohlstandsmehrung, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Inklusion sein.
- » Die Bundesregierung sollte sich für multilaterale Regelungen zur internationalen Investitionskontrolle einsetzen, die die Rechte und Pflichten von Investoren klar definierten. Menschenrechte sowie ökologische und soziale Kriterien müssen besonders berücksichtigt werden. Die Bundesregierung soll auf China einwirken, die Normen der ILO zu ratifizieren. Statt nachhaltige Investitionen zu schaffen sieht das Investitionsabkommen, das EU und China derzeit verhandeln, jedoch Klageprivilegien für Investoren vor. Wir fordern daher, diese Klageprivilegien aus den Investitionsschutzabkommen herauszunehmen.
- » Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass bestehende Instrumente zur Prüfung von Investitionen in Europa weiterentwickelt werden. Es braucht einen europäischen Rahmen um handlungsfähig zu sein, wenn Übernahmen Schlüsselindustrien gefährden. Grundsätzliche Ziele sind dabei, ausländische Investitionen zu ermöglichen und faire und gleiche Bedingungen auch für europäische Unternehmen zu

sichern. Wir sind gegen Protektionismus, eine Beschränkung der Finanzströme kann in bestimmten Fällen aber notwendig sein. Die Bundesregierung sollte sich in der EU dafür stark machen, die handelspolitischen Schutzinstrumente zu stärken und weiterzuentwickeln. Die EU darf China den Marktwirtschaftsstatus nicht bedingungslos gewähren. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Peking die Reformen einleitet und umsetzt, die gemäß der EU für die Gewährung des MWS notwendig sind.

- » Es braucht eine gerechte, nachhaltige und kooperative Rohstoffpolitik. Die Bundesregierung sollte China auffordern, freiwilligen Initiativen im Rohstoffsektor beizutreten.
- » Auch deutsche und europäische Unternehmen, die in China aktiv sind, stehen in der Verantwortung. Menschenrechtskriterien, Umwelt- und Sozialstandards müssen von allen Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette eingehalten und auch in bilateralen Abkommen verankert werden.
- » Die Bundesregierung sollte 2017 bei seiner G20-Präsidentschaft die chinesische Initiative zur Begrünung des internationalen Finanzsystems weiterführen („Green Finance“). Dazu gehören gemeinsame Märkte für grüne Anleihen (Bonds), gemeinsame Standards für grüne Finanzprodukte und Investitionen sowie Foren des internationalen Erfahrungsaustausches.